

K  
821

K. MINDEL  
A. SOZIALGEBL.

ALFRED A. HÄSLER

D. CH

**Das Boot  
ist voll**

P. POL. IDEOLOGIE

Die Schweiz und die Flüchtlinge 1933 - 1945

K 2.9.92 (SK)

Soziologisches Institut  
der Universität Zürich

41 97 22

PENDO

gouvernement ist oder die Zwangsarbeit, so wissen wir bestimmt, nach all den früheren Erfahrungen, daß ihrer dort unter der deutschen Herrschaft ein Schicksal droht, das grauenhafter ist als der Tod. . . Die Menschen gehen an den Seuchen oder am Hunger zugrunde.»

Ein anderer berichtete, ein ausländischer Konsul habe erklärt, daß Flüchtlinge, die aus der Schweiz zurückgewiesen und im besetzten Gebiet aufgegriffen würden, auf alle Fälle eingesperrt, wenn nicht erschossen werden. «Ausnahmslos werden diejenigen, die die besetzten Gebiete ohne Vollmacht der Behörden verlassen, als Deserteure betrachtet und als solche bestraft.» Er könne es nicht mit seinem Gewissen vereinbaren, illegal Eingereiste der Polizei zu melden, um sie über die Grenze zurückstellen zu lassen. «Wir können nicht zu Komplizen der Verfolger werden und mithelfen, die Flüchtlinge in den wahrscheinlichen oder ziemlich sicheren Tod zu jagen.»

Rothmund wiederholte noch einmal, daß die Informationen, die man an der Grenze von deutschen Kommissären zu erhalten suchte, ergeben hätten, daß den Flüchtlingen bei ihrer Rückkehr nichts geschehe, sondern daß sie zur Arbeit veranlaßt würden. Es sei möglich, daß allen später die Deportation drohe. Da der Zustrom jedoch immer größer geworden sei und an einem Tag zweiundachtzig Meldungen erreicht habe, habe man nicht mehr länger zuwarten können. Eine Aufhebung des Beschlusses vom 13. August komme daher nicht in Frage. Prüfen wollte er lediglich, inwiefern die etwa dreihundert vor dem 13. August eingereisten Flüchtlinge hier bleiben könnten. [Aus dem Protokoll der Sitzung. Archiv Juna.]

#### Entscheidung auf dem Mont Pélerin

Aber Dr. Rothmund hatte nicht mit der öffentlichen Meinung gerechnet. Briefe, Telegramme, Proteste gingen nach Bern; die Sozialdemokratische Partei richtete am 22. August einen dringenden Appell an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement, «angesichts der gegenwärtigen Flüchtlingsnot die Idee der Menschlichkeit im Lande des Roten Kreuzes hochzuhalten, das traditionelle schweizerische Asylrecht weitherzig anzuwen-

den, Härten gegenüber unglücklichen Flüchtlingen zu vermeiden und politische Auslieferungen unter allen Umständen gemäß eidgenössischen Rechtsgrundsätzen zu unterlassen».

Der Kirchenbund und andere Organisationen setzten sich in ähnlicher Weise beim Bundesrat ein.

Aber Dr. Eduard von Steiger war nicht in Bern. Er weilte in den Ferien. In seiner Abwesenheit hatte Dr. Heinrich Rothmund aus eigener Machtvollkommenheit den Befehl zur Schließung der Grenze für jüdische Flüchtlinge erlassen.

Da geschah etwas Außergewöhnliches.

Nationalrat Dr. Albert Oeri, Chefredaktor der liberal-konservativen «Basler-Nachrichten», ein besonnener, angesehener Mann, sandte am 22. August 1942 dem Departementsvorsteher ein Telegramm an seinen Ferienort, in dem er ihm unverblümt sagte, er sei von der neuen Praxis niedergeschmettert und sehe, wenn sie aufrecht erhalten bleibe, die schwerste innenpolitische Krise voraus. Er bitte ihn deshalb dringend, Frau Dr. Gertrud Kurz, die Leiterin des Christlichen Friedensdienstes in Bern, unverzüglich zu empfangen, um mit ihr diese ernste Frage zu besprechen.

Bundesrat von Steiger willigte ein.

Frau Kurz, die Flüchtlingsmutter, war ihm keine Unbekannte. Er wußte, mit welcher Hingabe, mit welcher Freudigkeit sie sich für die Flüchtlinge einsetzte. Er wußte um ihre absolute Aufrichtigkeit, um ihr Verständnis für die Verfolgten, aber auch für die Sorgen der Behörden.

Am nächsten Tage, es war Sonntag, der 23. August 1942, reiste Gertrud Kurz in Begleitung von Paul Dreyfus-de Günzburg zu Eduard von Steiger auf den Mont Pélerin.

In einem drei Stunden dauernden Gespräch im Hotel legte sie ihm eindringlich die Not der Gehetzten und Gejagten und das Schicksal der Deportierten dar. Sie sprach von der Menschenpflicht und von der Christenpflicht zur Hilfe, und daß die angeordnete Schließung der Grenze für die Zurückgestellten wohl einem Todesurteil gleichkomme. In ihrem und im Namen aller Flüchtlingsorganisationen, im Namen auch der Kirche und aller gutgesinnten Menschen in der Schweiz bat sie ihn, den Beschluß rückgängig zu machen, oder doch zu mildern.

«Es fiel dem Bundesrat sehr schwer», so berichtet Frau Dr. Kurz, «zu glauben, daß es im «Deutschland Goethes» Menschen gebe,

die so tief sinken könnten, daß sie Scharen von Juden quälten und in den Tod trieben.»

Als Beispiel für diese Tatsache schilderte Frau Kurz dem Bundesrat unter anderem ihre kürzliche Begegnung mit einem Dr. Silberschein, der früher Abgeordneter im polnischen Parlament gewesen war und nun in Genf wohnte. Er hatte sie besucht und ihr in tiefer Erregung mitgeteilt, «daß er an das Sterbebett eines aus Polen heimgekehrten Schweizers nach Zürich gerufen worden sei und aus dem Mund des Sterbenden von entsetzlichen an den Juden verübten Greuelthaten gehört habe. Diese und viele andere Berichte schienen Bundesrat von Steiger zu beeindrucken; er gestand uns offen, daß durch diese Berichte alle die Bittgesuche, die er von ihm bekannten und unbekanntenen Christen erhalten habe, nun noch mehr Gestalt angenommen hätten».

Als er die Emissarin der Menschlichkeit und ihren Begleiter verabschiedete, antwortete er auf ihre Fragen, ob sie auf einen guten Entscheid hoffen dürften, er müsse sich alles noch einmal überlegen. Im übrigen liege ja die Entscheidung nicht bei ihm allein, sondern auch bei den kantonalen Polizeidirektoren.

Noch am gleichen Tage ordnete Bundesrat von Steiger an, daß in besondern Fällen von Zurückweisungen abzusehen sei. Den Grenzorganen wurden entsprechende Weisungen erteilt.

Am Montag, dem 24. August, versammelten sich in Zürich die Vertreter der Schweiz. Zentralstelle für Flüchtlingshilfe, unter der Leitung ihres Präsidenten, Regierungsrat Dr. Robert Briner und in Anwesenheit von Dr. Rothmund. Wenn es noch einen Zweifel über die Stimmung unter den Flüchtlingshelfern gegeben hätte, dann wurde er an dieser Sitzung beseitigt. Es war wie ein Aufstand des Gewissens gegen bürokratische Unmenschlichkeit. In scharfen Worten protestierten die Vertreter der Schweiz Henri Dunants gegen die Preisgabe von Werten, die ebenso das Wesen unseres Landes ausmachten wie die militärische Landesverteidigung. Die Entschlossenheit, zu diesen Zurückweisungen nicht Hand zu bieten, die Zusammenarbeit mit den Behörden zu verweigern, kam unmißverständlich zum Ausdruck. Einige erklärten Dr. Rothmund, wenn er in der Flüchtlingspolitik so weitermachen sollte, dann würden sie in die Illegalität gehen, um die Menschlichkeit gegen die amtlichen Weisungen zu verteidigen. Das «Bis hierher und nicht weiter!» war unüberhörbar.

Gegen Ende der stürmischen Sitzung traf der telephonische Bericht von Bundesrat von Steiger ein, wonach die Weisungen vom 13. August 1942 gemildert würden.

Dr. Heinrich Rothmund hatte in dieser Runde eine Niederlage erlitten.

Am 25. August 1942 erließ er ein Kreisschreiben an die kantonalen Polizeidirektionen, in dem er mitteilte, es sei anzunehmen, daß der Zustrom von Flüchtlingen im Abnehmen begriffen sei, und es sei deshalb zu verantworten, die Anordnungen über die direkte Zurückweisung von Flüchtlingen etwas zu lockern. Immerhin: Die Polizeiabteilung erachte es als ihre Pflicht, die Lage fortwährend neu zu überprüfen und nicht mehr Flüchtlinge zurückzuweisen, als staatspolitische Erwägungen es zwingend erforderten.

Die endgültigen Anordnungen würden davon abhängen, ob und wie weit die Kantone bereit seien, einen Teil der bisher internierten und der neu zureisenden Flüchtlinge auf ihrem Gebiet aufzunehmen und sie bei Privaten oder in Heimen unterzubringen [Ludwig Seite 210].

Und sie schwiegen nicht

Das Echo in der Öffentlichkeit war nicht minder eindeutig. Persönlichkeiten aus verschiedenen Lagern, verschiedenen Temperaments und unterschiedlicher Auffassung erhoben ihre Stimmen, stellvertretend für das Volk, um ihre Meinung kundzutun. In einem Brief an Dr. Heinrich Rothmund gab Ernst von Schenck die prinzipielle Haltung der Aktion nationaler Widerstand wieder: «Für uns sind alle europäischen Flüchtlinge, woher sie auch kommen, Opfer eines Systems, von dessen «Segnungen» uns ein gütiges Geschick bis jetzt bewahrt hat. . . Und was die Juden im besonderen angeht, so lassen wir es uns nicht ausreden, daß jede abweisende Härte gegen sie eine Geste der Nachgiebigkeit gegenüber der Achse, und jede Hilfe, die wir ihnen gewähren, ein Stück Widerstand gegen diese darstellen. Hier ist ein unerhörtes Mißtrauen gegen unsere offizielle Außenpolitik wach. Auch der einfachste Bürger weiß heute, daß antisemitische Maßnahmen den Anfang vom Ende bedeuten. . . Wir sind der Meinung, das

Der Solothurner Regierungs- und Nationalrat Dr. Urs Dietschi hatte sich mit einer Interpellation im Nationalrat für die Gewährung des Dauerasyls besonders eingesetzt. Als es beschlossen war, schrieb Dr. Nettie Sutro: «Wenn man bedenkt, daß dieses Dauerasyl auch Emigranten betraf, die vielleicht seit 1933 in Abständen von drei, maximal sechs Monaten immer wieder ein Gesuch um Verlängerung ihres Aufenthaltes eingereicht, also im Verlauf der Jahre vielleicht fünfzig- bis sechzigmal als Bittsteller vor einem Beamten der kantonalen Fremdenpolizei gestanden hatten, so mußte dieses endgültige «du darfst bei uns bleiben, so lange du arbeitest; du darfst arbeiten, solange du kannst, und wir, der Bund, der Kanton und dein Hilfswerk, werden für dich sorgen, wenn du nicht mehr arbeiten kannst» wie ein Wunder gewesen sein.»

## Die Helfer

Man kann kein gerechtes Bild vom Verhalten der Schweiz gegenüber den bei uns Schutz suchenden Verfolgten des Nationalsozialismus zeichnen, wenn man nicht auch die Hilfsbereitschaft und die tatsächlich geleistete Hilfe unseres Landes in dieses Bild einbezieht.

Es haben in unserem Lande während der Kriegszeit 1939 bis 1945 insgesamt 295 381 Schutzsuchende für kürzere oder längere Zeit Asyl gefunden. Als der Krieg in Europa zu Ende ging – Mai 1945 – weilten noch über 115 000 Flüchtlinge in unserem Lande. Über 103 000 der fast 300 000 waren Internierte [entwichene Kriegsgefangene, Deserteure und Hospitalisierte]; mehr als 55 000 waren Zivilflüchtlinge im engeren Sinn; rund 10 000 waren Emigranten, also Flüchtlinge, die vor dem 1. August 1942 bei uns Schutz gesucht und gefunden hatten; 251 waren politische Flüchtlinge; 60 000 Kinder waren entweder flüchtend zu uns gekommen oder zu mehrmonatigen Erholungsaufenthalten in Transporten zu uns geholt worden; über 66 000 Menschen waren sogenannte Grenzflüchtlinge, die meistens nur für kurze Zeit bei uns Zuflucht gesucht haben. Von den Emigranten und Flüchtlingen waren gegen 30 000 jüdischer Religion oder Herkunft. An Nationalitäten waren mit erheblichen Zahlen vertreten: Italiener, Franzosen, Polen, Deutsche, Österreicher, Russen, Holländer, Jugoslawen, Ungarn, Tschechoslowaken, Rumänen, Belgier, Griechen, Spanier, Litauer. Die Zahl von Angehörigen vierundvierzig weiterer Staaten betrug weniger als je zweihundert.

Die finanziellen Aufwendungen des Bundes für die Flüchtlinge betragen vor dem Kriege 178 000 Franken; von 1939 bis 1945 82 836 849.60 Franken, bis 1950 erhöhten sich die Nettoausgaben auf 127 830 703.72 Franken.

Die private Hilfe ist im ganzen wahrscheinlich eher höher einzusetzen. Sie wird im Bericht Ludwig mit 87 Millionen Franken angegeben, wobei aber die Aufwendungen all der Privaten, die Flüchtlinge – Kinder und Erwachsene – oft über Jahre hinweg

beherbergten, verköstigten, mit Kleidern und Wäsche versahen, ihnen Hausratgegenstände und Möbel schenkten, nicht inbegriffen sind. Diese Aufwendungen sind selbstverständlich nicht zu errechnen. Sie dürften viele Millionen Franken ausmachen.

[Für die Flüchtlingshilfe im Ausland durch das Schweizerische Rote Kreuz, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, die Schweizer spende usw. hat der Bund von 1940 bis 1950 über 350 Millionen Franken zur Verfügung gestellt, während aus privaten Mitteln durch die verschiedenen Hilfsorganisationen mehr als 630 Millionen Franken aufgebracht wurden.]

Das sind Zahlen, die die Hilfsbereitschaft des Schweizervolkes eindrücklich unter Beweis stellen.

Wir wollen aber nicht vergessen, daß diese Opfer unendlich geringer waren als die Heimsuchung durch den Krieg. Im Bericht, den das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement über die Flüchtlingspolitik von 1933-1950 erstattet hat, wird mit Recht darauf hingewiesen. «Die versehentliche Bombardierung von Schaffhausen durch amerikanische Bomber hat Schäden von über dreißig Millionen Franken verursacht. In wenigen Minuten sind damals ungeheure Werte zerstört worden. Ein Tag Krieg hätte ein fast unvorstellbar Vielfaches an Schäden zur Folge gehabt.» Es kann also nicht darum gehen, uns mit imposanten Zahlen zu brüsten. Gespendete Franken spiegeln noch nicht unbedingt Menschlichkeit. Sie können der billigste Weg sein, sich von der tätigen Hilfe zu drücken, das Gewissen zu entlasten. Wichtig ist das wirkliche Zugreifen, das Da-sein, die Bereitschaft zur Tat. Wichtig war, daß es Polizeidirektoren wie die Regierungsräte Briner in Zürich und Brechbühl in Basel gab, die Menschen blieben und gelegentlich die Befehle aus Bern ignorierten.

Wichtig war damals, daß nicht alle Grenzbeamten sich stur an die Weisungen Dr. Rothmunds hielten, daß es Grenzwächter gab, die wegblickten, wenn sie Flüchtlinge kommen sahen, so lange, bis sie im rettenden Dunkel der Nacht in der Schweiz verschwunden waren. Wichtig war, daß es auf allen Stufen Polizeibeamte gab, die außer der Gehorsampflicht gegenüber ihren Vorgesetzten auch die Gehorsampflicht gegenüber ihrem Gewissen kannten und denen die Gebote der Menschlichkeit höher standen als die Weisungen einer oft falsch verstandenen Staatsräson.

Es gab sie, wie es die Harten und Gefühllosen gab. Wir wissen von jenem Polizeihauptmann Grüninger in St. Gallen, der sich über die ungunstigen Weisungen aus Bern hinwegsetzte und seine Menschlichkeit mit seiner Entlassung – unter fadenscheinigen Vorwänden – bezahlen mußte. Wir wissen von Beamten in der Polizeiabteilung zu Bern, die mitfühlend blieben, auch wenn die Befehle ihres Chefs es ihnen schwer machten. Sie bleiben im Dunkel. Sie wünschen keine Anerkennung. Die Flüchtlingsfürsorger kennen sie. Die Gerechtigkeit verlangt es, auch ihnen zu danken. Wichtig war, daß es Menschen gab, die den Mut hatten, schuldlose «Illegale» aufzunehmen und, wenn nötig, vor dem Zugriff der Polizei und der Rückstellung über die Grenze zu verstecken. Wichtig war, daß es Familien gab, die zum schmalen Tisch noch den Flüchtling einluden und das Wenige mit ihm teilten. Wer zu jener Zeit abseits stand – wissend um die Not –, der hat wohl das Recht verscherzt, heute Steine zu werfen.

Wichtig war, daß es damals Menschen gab, Pfarrer, Ärzte, Politiker, Rechtsanwälte, Schriftsteller, einfache Hausfrauen und Arbeiter, die dafür sorgten, daß die Stimme der Menschlichkeit bei uns nie verstummte und daß das Volk sich nie den Ansprüchen eines irregeleiteten Überfremdungswahns unterzog.

Wichtig war, daß es Männer und Frauen gab, die den Mut hatten, zu sagen, was zu sagen war.

Nein, die Flüchtlingspolitik wurde nicht nur im Justiz- und Polizeidepartement, in der Polizeiabteilung und in den kantonalen Polizeidirektionen gemacht. Sie wurde auch von den Männern und Frauen unseres Landes geprägt und mitbestimmt, die kraft ihres Gewissens wußten, was die Zeit von ihnen als Schweizer und Menschen forderte. Die humanitäre Schweiz schief nicht. Es war eine unzählbare Gemeinschaft, die sich nicht dem «Sacro egoismo» ergab, sondern wachen Sinnes und warmen Herzens die Pflicht der Humanität erfüllte.

Da gab es die Frau des Naturwissenschaftlers, Rektors und Obersten der Schweizer Armee, Dr. Kurz in Bern, die mütterliche Appenzellerin Gertrud Kurz-Hohl, in deren Haus am Sandrain entlassene Sträflinge und Vaganten während Jahren freundliche Aufnahme gefunden hatten, und die dann im Jahre 1938 die neue große Aufgabe der Flüchtlingsbetreuung sah und sie ohne Zögern anpackte. Wie vielen hat sie durch ihre Interventionen bei

Behörden bis hinauf zum Bundesrat das Leben gerettet? Sie weiß es selbst nicht. Wie oft hat sie, rasch entschlossen und mutig, selber Entscheidungen getroffen und erst nachträglich die Sache mit den Behörden in Ordnung gebracht, wie an jenem Bettmorgen des Jahres 1942, als ihr ein Grenzsoldat von einer Wirtschaft aus telephonierte, ob man im Augenblick eigentlich Flüchtlinge hereinlassen dürfe, er sei so weit oben und wisse nicht Bescheid? Ohne Besinnen antwortete Mutter Kurz: «Ja, lassen Sie die Leute herein, die Grenze ist offen.» Die zwei Familien kamen. Nachher ging Frau Kurz auf die Polizeiabteilung und legte den Fall auseinander. Die Flüchtlinge konnten bleiben. Was für eine Kraft ging von ihr aus, daß sie Dr. Rothmund, Dr. Jezler, Bundesrat von Steiger und anderen Magistraten und Beamten soundsoviele Gefährdete buchstäblich abzurufen und zum Einlenken zu bewegen vermochte? Und was gab ihr selbst die schier unbegreifliche Kraft, fast Tag und Nacht unterwegs zu sein, Behörden aufzusuchen, Flüchtlinge zu trösten, ihnen unsere Lage verständlich zu machen, Geld aufzutreiben, Kleider zu sammeln, Unterkunft zu beschaffen, Vorträge zu halten, um Verständnis zu werben, Briefe zu schreiben, zu telephonieren? Gewiß, sie hatte gute, hilfreiche und einflußreiche Freunde: Professor Karl Barth, Nationalrat Albert Oeri und andere. Aber das allein machte es nicht. Es war, sie bezeugt es immer wieder, die Kraft ihres unerschütterlichen Glaubens an den göttlichen Auftrag des Menschen, es war die Selbstverständlichkeit, mit der sie tat, was sie als ihre Pflicht betrachtete, und es war das Verständnis für die Lage des andern, des Flüchtlings, aber auch des Beamten. Es war nicht zuletzt ihr gütiger, aus einem großen Herzen kommender Humor, mit dem sie manche gespannte Situation entspannte. Was ihrem Landsmann, Bundesrat Dr. Johannes Baumann an Mut und menschlicher Wärme fehlte, das wog ihre Güte auf.

Da war Regina Kägi-Fuchsmann, die Gründerin des Schweizerischen Arbeiterhilfswerkes, überzeugte Sozialistin und warmherzige, kluge, rastlos tätige Frau. Eine Helferin der ersten Stunde. Als die Not in den französischen Lagern zu ihren Ohren drang, organisierte sie die Colis Suisses, Lebensmittelpakete, die vielen das Überleben in den Elendslagern ermöglichten. Früher als viele andere, früher auch als manche ihrer politischen Freunde, erkannte sie, um was es ging, und was da mit dem Nationalsozialismus

auf uns zukam. Mit den Freunden Dr. Hans Oprecht, Dr. Werner Stocker, dem späteren Bundesrichter, dem St. Galler Redaktor Franz Schmid, den Nationalräten Huber und Walther Bringolf und vielen andern tat sie, was zu tun war. Sie wußte, daß politisch Verfolgte, meist Juden, illegal über die Grenze kamen, sie wußte, daß Dr. Stocker und andere dabei behilflich waren. Sie wußte es nicht nur, sie billigte es, sie drängte dazu. Über dem Recht des Staates stand die Pflicht zur Rettung von Menschen. Hunderte, vielleicht Tausende wußten und wissen, was sie dieser Frau zu verdanken hatten und haben. Wenn einst die Geschichte dieser Jahre geschrieben wird, dann wird ihr Name bei jenen stehen, auf die wir mit Stolz zurückblicken.

Da war Sasha Morgenthaler, Künstlerin und Gattin des Malers Ernst Morgenthaler, Hausfrau, Mütter, Leiterin von Kursen. Sie machte ihr Heim zur Heimstätte für Verfolgte, ging, als die Elendszüge mit den Kindern kamen, an die Grenze, von der Not ergriffen und gedrängt, das Äußerste zu tun.

Da gab es den Pfarrer Paul Vogt, der den kirchlichen Dienst seit jeher auch als sozialen Dienst am Nächsten verstanden hatte. «Eine Kirche ohne Zufluchtsstätte für die Elenden ist niemals eine Kirche Jesu Christi», so hatte er in den dreißiger Jahren ausgerufen und den Kampf gegen die Not der Armen dort aufgenommen, wo er gerade im Amt war. «In Zeiten irgendeiner Not darf die Kirche niemals händeringend abseitsstehen», erklärte er, und stieg in die aufreibende Flüchtlingshilfe hinein, als diese Not die vordringlichste geworden war. Für ihn waren Predigt und Tat eines. In der Predigt rief er zum praktischen Dienst auf, und durch seine Tat predigte er eindrucklicher, als man mit Worten es tun kann.

Er richtete Wort und Tat nicht nach der sogenannten Staatsraison, sondern nach dem Auftrag, den er im Herzen verspürte. Zuerst war er ein Diener Gottes und erst in zweiter Linie ein Beamter seines Staates. Wo sein Gott ihn reden hieß, da redete er, auch wenn der Staat – und manchmal sogar die Kirche – Vorsicht, Leisetreten und Schweigen verlangten. Da predigte er von den Kanzeln keine sorgfältig abgewogenen Ansprachen, sondern aus übervollem Herzen, gepeinigt von der Not der Verfolgten, ergriffen und gedrängt von der Mission, die ihm jetzt aufgetragen war.

Taylor, Myron C., Botschafter 34  
 Tappolet, Kirchenmusiker in Zürich  
 100f.  
 Tetzer, Lisa 340  
 Théas, Msgr., Bischof von Montauban  
 191  
 Thurneysen, Pfarrer 305  
 Toller, Ernst 340  
 Torberg, Friedrich 340  
 Trebitsch, Siegfried 279, 340  
 Trümpy, Glarus 61  
 Tucholsky, Kurt 340

Uexküll, Hubert, Stockholm 192

Vinay, Tullio 324  
 Vinet, Alexandre 30  
 Vischer, Prof. Wilhelm, Basel 305  
 Vodoz, Antoine, Polizeidirektor  
 160, 235  
 Vogel, Hans, Redaktor 126  
 Vogt, Dr. Paul, Pfarrer 12, 77, 79, 101,  
 106, 110, 113, 150f., 186, 193, 205f.,  
 223, 227, 228, 230f., 244, 248, 253,  
 259, 261, 301, 305f., 308f., 321, 324  
 Vollenweider, Dr. med. Paul,  
 Oberstbrigadier 85  
 Vrba, Rudolf 291

Wagner, Chefarzt und  
 Hauptmann 85  
 Wagner, Gauleiter 74  
 Wagner, Richard Maurice 315  
 Wahlen, Dr. F. T. 331  
 Wallenberg, Raoul 302  
 Walter, Bruno 340

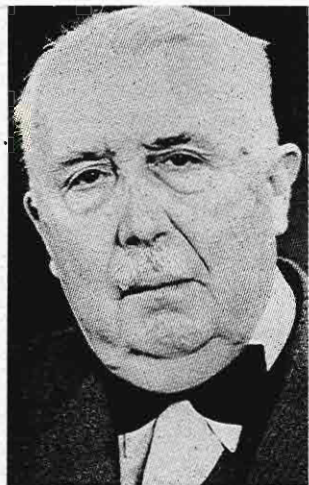
Walther, Dr. Heinrich, Nationalrat  
 160, 174, 176, 237, 265  
 Wartenweiler, Fritz 305  
 Wassermann, Jakob 304, 340  
 Weber, Rudolf, Ständerat 274,  
 335  
 Weigel, Hans 340  
 Weil, Dr. Josef 133  
 Weinert, Erich 340  
 Weiß, Peter 340  
 Weizsäcker, Ernst von 118  
 Weldler-Steinberg, Augusta 29  
 Werfel, Franz 302, 340  
 Wettstein, Dr. Oskar, Ständerat  
 283  
 Wick, Karl, Nationalrat 160  
 Werner, Henri 34  
 Winterton, Paul, Chefkorrespondent  
 in Kiew 209f.  
 Witz, Dr. Friedrich 287  
 Woermann, Ernst 18  
 Wolf, Friedrich 302, 340  
 Wolff, Dr. Max, Oberrichter 147,  
 149f., 207, 304  
 Wolff, Theodor 302  
 Wolff, Victoria, Schriftstellerin 279  
 Wolfskehl, Karl 340  
 Wotruba, Fritz, Bildhauer 304  
 Wyler, Veit 305

Zahn, Ernst 100  
 Zaugg, Otto 253, 267  
 Zbinden, Prof. Dr. Hans 12, 140, 248,  
 250, 259, 263, 266, 268f., 286, 303  
 Zollinger, H., Pfarrer 246  
 Zschokke, H. 31  
 Zuckmayer, Carl 340  
 Zwingli, Huldrych 132, 150

«Halt! Schweizer Territorium. Überschreiten der Grenze verboten. Bei Mißachtung dieses Befehls wird von der Waffe Gebrauch gemacht.» Diese Worte, völkerrechtlich in Ordnung und staatspolitisch notwendig, erhielten während des Zweiten Weltkrieges für Tausende von Flüchtlingen, denen das Asyl in unserem Land verweigert wurde, eine tragische Bedeutung.



Repräsentanten der ganz auf Abwehr eingestellten Flüchtlingspolitik waren u. a. Bundesrat Dr. Eduard von Steiger; der Chef der Polizeibehörde, Dr. Heinrich Rothmund; Nationalrat Dr. Heinrich Walther und der Arzt Dr. Eugen Bircher [unten]. – Der berüchtigte «J»-Stempel in den Pässen deutscher Juden ging nicht zuletzt auf die Wünsche der Schweiz zurück [rechte Seite].



Dr. Eduard von Steiger



Dr. Heinrich Rothmund



Dr. Heinrich Walther



Dr. Eugen Bircher

